

Berlin, 14.07.2026

Positionspapier der AG Digitales und Staatsmodernisierung der SPD-Bundestagsfraktion

„Ein bundesweites digitales Bürgerkonto – der zentrale Zugang zu allen staatlichen Leistungen“

I. Präambel

Wer in Deutschland umzieht, muss nicht nur Kisten packen, sondern auch viele Behördengänge erledigen. Nach der Wohnsitzanmeldung folgen weitere Aufgaben: das Fahrzeug ummelden, einen Bewohnerparkausweis beantragen, die Adresse im Personalausweis ändern oder die Hundesteuer anmelden. Vieles davon ist inzwischen digital möglich, doch längst nicht alles. Hinzu kommt, dass die Verfahren selten miteinander verbunden sind und die Bürgerinnen und Bürger einer unverhältnismäßigen Bürokratielast ausgesetzt sind.

Deutschland hat digitale Formulare, aber noch keinen digitalen Staat.

Das Problem ist nicht der Mangel an digitalen Angeboten. Das Problem ist, dass sie nicht zusammenarbeiten. Digitale Angebote existieren häufig nebeneinander, statt ineinanderzugreifen. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet das: Trotz digitaler Formulare bleiben der Gang zum Amt, die Übermittlung per Post oder die mehrfache Eingabe derselben Daten oft weiterhin Teil des Alltags.

Für uns ist deshalb klar: Eine Deutschland-App greift zu kurz, wenn sie Bürgerinnen und Bürger lediglich mithilfe eines KI-Bots durch bestehende Verwaltungsleistungen führt. Unser Ziel geht deutlich weiter: Bürgerinnen und Bürger sollen staatliche Leistungen unabhängig von Zuständigkeiten über einen zentralen Zugang erreichen können. Daten sollen nur einmal angegeben werden müssen und der Staat soll Menschen bei wichtigen Lebensereignissen aktiv unterstützen, statt sie allein durch seine Verwaltungsstrukturen zu schicken. Eine echte Deutschland-App muss mehr sein als ein Wegweiser

durch die Bürokratie. Sie muss der Einstieg in einen Staat sein, der digital als Einheit funktioniert.

Dafür bündeln wir den Zugang zum Staat in einem bundesweiten digitalen Bürgerkonto. Ergänzt durch die EUDI-Wallet wird es zum zentralen Zugangspunkt für staatliche Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen. So entsteht Schritt für Schritt ein Staat, der digital als Einheit funktioniert, Bürokratie spürbar reduziert und das Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit stärkt.

II. Unsere Kernpunkte für einen digitalen Staat

Ein Konto für alles: der zentrale Zugang zum digitalen Staat

Wir führen ein bundesweit digitales Bürgerkonto ein. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, braucht es ein Bürgerkonto, um den Zugang zu Behördenleistungen zu erleichtern. Um den Weg in eine zukunftsfähige und menschenzentrierte Verwaltung zu ebnen, braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, der nicht nur das Frontend bedient, sondern die Bürgerinnen und Bürger bei allen Schritten digital und serviceorientiert unterstützt.

Der Aufbau des digitalen Bürgerkontos erfolgt dabei schrittweise. Vorrang haben zunächst die zentralen Basiskomponenten: eine nutzerfreundliche digitale Identifizierung über die EUDI-Wallet, ein digitales Postfach, sowie die Anbindung der Verwaltungsleistungen. Nur wenn diese Grundlagen funktionieren, kann das Bürgerkonto zum zentralen Zugang für staatliche Leistungen werden. Damit das Konto im Alltag genutzt wird, konzentrieren wir uns zunächst auf die Leistungen, die den Menschen am häufigsten begegnet und die höchste Bürokratielast für sie aufweist.

Über das Bürgerkonto – als App und Webversion – erhalten die Bürgerinnen und Bürger einen zentralen Zugang zu staatlichen Leistungen. Ein einziger Login genügt künftig, um Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen zu beantragen, Informationen abzurufen und den Bearbeitungsstand einzusehen. Egal ob es um das Elterngeld (Bund), den Fischereischein (Land) oder den Bewohnerparkausweis (Kommune) geht – alle Leistungen sind an einem Ort gebündelt.

Die EUDI-Wallet und das digitale Bürgerkonto denken wir von Beginn an zusammen. Die Wallet soll ab Januar 2027 die sichere digitale Identifizierung und die Nutzung amtlicher Nachweise ermöglichen, während das Bürgerkonto den zentralen Zugang zu staatlichen Leistungen bereitstellen soll. Die technische Grundlage hierfür bildet der Deutschland-Stack als gemeinsame Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen. Denn das Bürgerkonto, die

EUDI-Wallet und der Deutschland-Stack dürfen nicht als getrennte Projekte verstanden werden, sondern müssen von Anfang an als zusammenhängendes System entwickelt werden. Nur so entsteht ein digitaler Staat, der für die Bürgerinnen und Bürger einfach, sicher und intuitiv funktioniert. **Ein digitales Postfach: Alle Bescheide an einem Ort**

Wer mit dem Staat kommuniziert, soll alle wichtigen Bescheide, Fristen und Rückfragen an einem sicheren Ort finden. Wir etablieren ein **zentrales digitales Behördenpostfach** im Bürgerkonto. **Bescheide, Fristen und Rückfragen werden dort gebündelt zugestellt und bleiben jederzeit übersichtlich abrufbar.** Perspektivisch soll die staatliche Kommunikation standardmäßig digital erfolgen, während der klassische Postweg weiterhin möglich bleibt. Auch amtliche Nachweise wie beispielsweise ein Führungszeugnis sollen künftig direkt digital im Bürgerkonto zugestellt und in der EUDI-Wallet abgespeichert werden können, statt weiterhin ausschließlich über den Postweg.

Daten nur einmal angeben

Wir beenden das unnötige Ausfüllen identischer Formulare. Wer dem Staat seine Adresse oder Bankverbindung einmal mitgeteilt hat, muss dies nicht bei jedem neuen Antrag wiederholen. Wir setzen das „Once-Only“-Prinzip konsequent um: **Informationen, die der Verwaltung bereits vorliegen, dürfen nicht erneut abgefragt werden.** Das spart Zeit, schont die Nerven und macht den Staat effizienter. Damit dies gelingen kann, schaffen wir die notwendigen rechtlichen Grundlagen: Durch eine Änderung von Artikel 91c des Grundgesetzes geben wir dem Bund die Kompetenz, einheitliche IT-Standards und eine übergreifende Infrastruktur für alle Verwaltungsebenen festzulegen. Der Bund darf die Umsetzung nicht allein den Ländern und Kommunen überlassen. Er muss die notwendigen technischen Grundlagen bereitstellen, gemeinsame Standards durchsetzen und die Anbindung an bestehende Fachverfahren aktiv unterstützen. Nur so können Behörden ihre Fachverfahren und Register besser miteinander verknüpfen, Daten sicher austauschen und Informationen effizient zwischen Bund, Ländern und Kommunen nutzen. Davon profitieren nicht nur Bürgerinnen und Bürger. Auch die Beschäftigten in den Behörden werden entlastet, weil Daten nicht mehrfach erfasst, geprüft und verarbeitet werden müssen.

Der proaktive Staat: Leistungen automatisch und einfacher bereitstellen

Wo möglich, sollen **Leistungen automatisch gewährt werden.** Das antragslose Kindergeld ab 2027 ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Perspektivisch sollen weitere Standardfälle vereinfacht oder automatisiert werden. Wenn sich im Leben etwas ändert – etwa bei einem Umzug oder der Geburt

eines Kindes – soll der Staat von sich aus strukturiert darauf reagieren und notwendige Schritte bündeln. Konkret bedeutet das: Der Staat erkennt solche Ereignisse und weist aktiv auf relevante Leistungen hin oder bereitet diese bereits vor. Viele wissen heute gar nicht, auf welche Leistungen sie überhaupt Anspruch haben. Ein digitaler Staat unterstützt deshalb aktiv dabei, Ansprüche wahrzunehmen und Leistungen leichter zugänglich zu machen. Dazu gehört als nächster Schritt auch ein weitgehend **automatisierter Steuerbescheid** für Standardfälle, der den Bürgerinnen und Bürgern direkt digital über das Bürgerkonto bereitgestellt wird. In der Ministerpräsidentenkonferenz am 25.06.2026 wurde vereinbart, dass es für das Elterngeld künftig möglichst nur noch eine einheitliche digitale Lösung in ganz Deutschland geben soll. Solche Ziele begrüßen wir ausdrücklich.

Zuständigkeiten bleiben, aber der Zugang wird einheitlich

Bund, Länder und Kommunen bleiben weiterhin für unterschiedliche Aufgaben zuständig. **Für Bürgerinnen und Bürger muss der digitale Staat jedoch wie aus einer Hand funktionieren.** Das Bürgerkonto schafft deshalb einen **einheitlichen Zugang zu staatlichen Leistungen**, während die Bearbeitung weiterhin bei den zuständigen Behörden erfolgt. Der Zugang zum Staat wird zentral organisiert, aber die Zuständigkeiten bleiben dezentral.

III. So funktioniert das digitale Bürgerkonto

Das digitale Bürgerkonto ist als App und Webanwendung aufgebaut und orientiert sich am Alltag der Menschen. Der Staat organisiert seine digitalen Leistungen nicht nach Behörden, sondern nach den Lebenssituationen der Menschen.

Das Dashboard – die persönliche Übersicht

Beim Öffnen der Anwendung sehen Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Übersicht ihres Bürgerkontos. Dort erscheinen wichtige Informationen auf einen Blick: digitale Nachweise aus der Wallet (z.B. der digitale Personalausweis oder Führerschein), neue Nachrichten im Behördenpostfach, laufende Anträge oder anstehende Fristen. So ist sofort erkennbar, welche Verfahren aktuell laufen und wo Handlungsbedarf besteht.

Organisation nach Lebenssituationen

Die Anwendung bündelt staatliche Leistungen nach Lebenssituationen statt nach Behörden. Beispiele:

- „**Ich ziehe um**“ – Wohnsitzummeldung, Bewohnerparkausweis, Änderung von Fahrzeugdaten

- „Ich bekomme ein Kind“ – Geburtsmeldung, Kindergeld, Elterngeld, Kitaplatzsuche
- „Ich melde ein Fahrzeug an“ – Zulassung, Steuer, Versicherung

Wer eine Leistung benötigt, muss nicht mehr selbst herausfinden, welche Behörde zuständig ist, denn die Anwendung führt sie Schritt für Schritt durch die notwendigen Verfahren.

Proaktive Hinweise und Unterstützung

Im Bürgerkonto wird der proaktive Staat konkret erlebbar: Die Anwendung informiert aktiv über relevante Leistungen oder Fristen und bereitet Anträge automatisch vor. Wenn sich Lebenssituationen ändern – etwa bei einem Umzug oder der Geburt eines Kindes – weist die Anwendung auf notwendige Schritte hin und bereitet Anträge automatisch vor. **Der Staat wartet nicht mehr darauf, dass Bürgerinnen und Bürger Leistungen suchen, sondern unterstützt sie aktiv dabei.**

Das digitale Bürgerkonto ist dabei mehr als eine einzelne staatliche App. Es bildet den Einstieg in ein **digitales Ökosystem staatlicher Leistungen**, in dem Behörden und Fachverfahren besser miteinander vernetzt arbeiten. Das Bürgerkonto wird zum zentralen Zugang für die Menschen, während im Hintergrund staatliche Systeme zusammenwirken und Informationen dort genutzt werden, wo sie bereits vorliegen. So entsteht Schritt für Schritt ein digitaler Staat, der Bürokratie reduziert, Leistungen einfacher bereitstellt und den Alltag der Menschen spürbar erleichtert.